

„Es darf nicht sein, dass Arbeit arm macht“

Verdi-Chef Frank Bsirske zu Gast in Nordhorn



Von Marianne Begemann - Nordhorn. Der „Arbeitskreis Armut Nordhorn“ hatte den Chef der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft Verdi eingeladen und vor der öffentlichen Veranstaltung im Hotel Bonke im kleinen Kreis über seine Aktivitäten informiert. Frank Bsirske zeigte sich beeindruckt von dem Engagement des Arbeitskreises, der es sich bekanntlich zum Ziel gesetzt hat, auf die Lebenssituation von Menschen mit Armutsrisiko im Landkreis Graftschaft Bentheim aufmerksam zu machen und darauf hinzuwirken, diese Situation zu verändern.

Auch die Informationsveranstaltung am Donnerstagabend in Kooperation mit dem Verdi-Ortsverein Graftschaft Bentheim war diesem Ziel gewidmet. Das Thema lautete: „Armut trotz Arbeit – kein Lohn unter 7.50 Euro pro Stunde“. Mit Vehemenz stritt Frank Bsirske dabei für die Forderung nach Einführung eines Mindestlohns in Deutschland. „Der Armutssektor ist eine deutsche Spezialität. Nirgendwo sonst in Europa ist der Niedriglohnsektor so rasant gewachsen. Mit mehr als 22 Prozent der Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich haben wir sogar Groß Britannien übertroffen und sind auf dem besten Weg, die USA zu erreichen“, sagte der Gewerkschafter. Zwei Millionen Arbeitnehmer in Deutschland erhielten derzeit einen Stundenlohn von fünf Euro brutto, 5,5 Millionen lägen bei unter 7.50 Euro.

Bsirske nannte Beispiele aus den Bereichen Schlachtereien, Abfallentsorgung, Bewachungsgewerbe oder Briefzustellung mit Stundenlöhnen zum Teil zwischen drei und vier Euro oder von Subunternehmen, die ausländische Arbeitskräfte mit noch weniger Lohn und ohne Sozialversicherung beschäftigten. „Ausbeutung bestimmt die Lebenswirklichkeit vieler Menschen in Deutschland“, kritisierte er. In zahlreichen Branchen sei durch befristete Arbeitsverträge und Zeitarbeit der Druck auf Menschen so stark, dass sie sich nicht wehren könnten. Hier sei es auch schwierig, gewerkschaftliche Voraussetzungen zu schaffen.

„Deswegen müssen wir mit der Einführung eines Mindestlohns Schranken setzen“, betonte Bsirske und wies darauf hin, dass es diesen bereits in fast allen Ländern Europas gebe. Mit der gewerkschaftlichen Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 7.50 Euro beziehungsweise 1250 Euro brutto im Monat würde Deutschland im Vergleich immer noch das Schlusslicht bilden. Netto liege der Betrag sogar unter der Pfändungsgrenze. Deswegen wollten sich (Verdi) und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) stark machen für eine möglichst schnelle Steigerung auf neun Euro.

„Dabei geht es nicht zuletzt auch um moralische Gründe“, betonte Frank Bsirske. „Es darf nicht sein, dass Arbeit arm macht. Armut trotz Arbeit verletzt die Menschenwürde.“

Der Gewerkschaftschef sieht die Stimmung in Deutschland gedreht. Inzwischen seien mehr als 70 Prozent der Bevölkerung für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Unter dem Motto „Stimmen für den Mindestlohn“ werde Verdi in den kommenden Monaten öffentlich Druck auf die politischen Parteien machen. Deren Haltung zum Mindestlohn sollte wahlentscheidend sein. Die Wähler sollten mit ihrer Stimme deutlich machen, „eine solche Gesellschaft ist nicht in unserem Sinne“.